

Dasein für München! Aktionstag am 13. Oktober 2007

Ich freue mich wirklich sehr, heute bei Ihnen Da Sein zu können.

München ist schön! Biergärten und Weißwürste, der Viktualienmarkt, das Oktoberfest sind Inbegriff für das Münchner Lebensgefühl. Genauso wichtig für die Attraktivität Münchens sind seine U- und Trambahnen, die Qualität seines Wasser, der Schulen, das Angebot an Kindergärten, Museen und Krankenhäuser. Gutes Wasser ist wichtig für gutes Bier. Daß es auch tatsächlich bis zum Eichstrich eingefüllt wird, hierüber wacht die Gewerbaufsicht. Wir erfreuen uns an gepflegten Grünanlagen, grünes Gammelfleisch dagegen ist eine Gefahr für die Gesundheit der Bürger. Die Weißwurst muß immer frisch sein. Daher sind wir alle daran interessiert, daß eine ausreichende Anzahl von qualifizierten Lebensmittelkontrolleuren regelmässige Kontrollen durchführen können.

Als Bürgerinnen und Bürger nehmen wir alle kommunale Dienste in Anspruch, von der Geburt bis zum Grab, 24 Stunden täglich. Sehr wahrscheinlich sind wir nicht immer mit allen Dienstleistungen zufrieden, wichtig ist jedoch, hierüber zu diskutieren, einen Dialog zu führen, zwischen Bürgern und den Anbietern der Dienstleistungen. Dazu bietet der heutige Tag eine Gelegenheit.

Die Qualität öffentlicher Dienstleistungen hängt von vielen Faktoren ab: eine entscheidende Voraussetzung für gute Dienstleistungen sind gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, motivierte Beschäftigte, Beschäftigte, die gut ausgebildet sind, in ihrer Tätigkeit Anerkennung finden, nicht zuletzt auch durch gute Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung.

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, dies zeigt unsere Erfahrung aus vielen Ländern, führt zu keine guten Ergebnissen. Jüngste Umfragen zeigen

auch, daß die Bürger auch weiterhin staatliches Handeln in wesentlichen Bereichen der Daseinsvorsorge wollen.

Die Organisation von öffentlichen Diensten ist eine politische Entscheidung. Ob eine Dienstleistung in Eigenregie erbracht oder an eine private Firma vergeben werden soll, wird vor allem vor Ort getroffen, nämlich in kommunalen Parlamenten. Und das ist gut und richtig so. Wir wollen, daß Städte und Gemeinden das Recht haben, zu bestimmen, in welcher Weise sie die notwendigen Dienste für ihre Bürger anbieten.

Vielleicht fragen Sie sich: was hat denn nun Europa mit dem ganzen zu tun? Will die Europäische Kommission etwa mitreden, wenn es um unsere städtischen Dienste geht? Auf die Frage werden wir alle antworten: es geht die europäische Kommission nichts an, wie wir hier in München den öffentlichen Nahverkehr oder die Müllabfuhr organisieren. Darüber entscheiden die von uns gewählten Stadträte und der Herr Oberbürgermeister. Wenn sie ihre Aufgabe nicht gut erledigen, wählen wir sie nicht wieder. Dies stimmt, aber leider nur teilweise. Die europäische Kommission hat das Recht, den ungehinderten Wettbewerb im europäischen Binnemarkt zu regeln. Sie tut dies auf der Grundlage der europäischen Verträge. Der Wettbewerb steht an erster Stelle

Die soziale Zielsetzung interessiert nicht. Diese Kommission gesteht wohl zu, daß liberalisierte Strommarkt nicht zu niedrigeren Strompreisen geführt hat, aber sie sagt uns: das Rezept ist richtig, wir müssen nur die Dosis erhöhen und noch mehr liberalisieren. Je mehr vermarktet werden kann, desto besser: ein Markt für Gesundheit, soziale Dienste, warum nicht auch Wasser? Einen Markt für Bildung, jeder kann frei einkaufen in guten Schulen oder weniger guten Schulen, je nach Geldbeutel. Private Versicherung statt staatlicher Sozialpolitik, der Bürger als Kunde.

Mehr und mehr Bürger wollen dieser extremen Marktideologie allerdings nicht folgen. Wir sind nicht gegen den freien Handel mit Waren und Dienstleistungen innerhalb der Europäischen Union. Wahrlich nicht! Aber diese Freizügigkeit muß dort ihre Grenzen finden, wo andere Ziele auf dem Spiel stehen, wie z.B die Regeln des Arbeitsmarktes. Wir wollen kein Sozialdumping, sondern soziale Standards, die in der Europäischen Union verbindlich geltend gemacht werden! Wir wollen, daß die sozialen Rechte in der EU verbindlich gemacht werden, z.B. das Recht auf Gesundheitsversorgung.

Denn nur wenige Menschen können es sich erlauben, eine Hüftoperation in einem anderem Land zu kaufen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist darauf angewiesen, am Wohnort, Zugang auf Behandlung zu haben. Der gleichberechtigte Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie ist ein Menschenrecht.

Wir fordern eine europäische Rahmenrichtlinie, die den europäischen Bürgern das Grundrecht auf Zugang zu so elementaren Dienstleistungen, wie Energie, Wasser, Gesundheitsversorgung, Bildung, Transport zusichert. Wir wollen, daß das öffentliche Interesse absoluten Vorrang vor privater Gewinnerzielung hat. Dies ist der Hintergrund für die Petition des Europäischen Gewerkschaftsbundes, für die wir hier heute weiter Unterschriften sammeln. (Unterschriftenlisten liegen am Ver.di-Stand aus) Ich bitte Sie, unterschreiben Sie die Petition, unterschreiben Sie, wie dies bereits etwa 500.000 Bürger vor Ihnen in Europa getan haben, folgen Sie dem Beispiel von Herrn Oberbürgermeister Ude.